

Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010

Erkenntnisse aus repräsentativen
Trendfortschreibungen

Institut für Demoskopie Allensbach
im Auftrag der Heinz Nixdorf Stiftung und der Bertelsmann Stiftung

Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010

Erkenntnisse aus repräsentativen
Trendfortschreibungen

Kontakt:

Dr. Robert B. Vehrkamp
Programmleiter
Programm Europas Zukunft
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81526
Mobile 0172 2867532
Fax 05241 81-681261
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

INHALT

	Seite
VORBEMERKUNG.....	1
ERGEBNISSE	
Wieder größere Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft	2
Zweifel an der Verteilungsgerechtigkeit überwiegen weiterhin.....	8
Abnehmende soziale Gerechtigkeit	12
Das schwedische Wirtschafts- und Sozialmodell fasziniert noch immer viele in Deutschland, aber mit abnehmender Tendenz.....	15
Das Urteil über die soziale Marktwirtschaft ist auch stark abhängig von der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit, aber auch davon, ob man bessere Alternativen wahrnimmt	17
ANHANG	
Untersuchungsdaten	
Statistik der befragten Personengruppen	
Fragebogenauszug mit Anlage	

VORBEMERKUNG

Im Auftrag der HEINZ NIXDORF STIFTUNG, Essen, und der BERTELSMANN STIFTUNG, Gütersloh, hat das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, Allensbach am Bodensee, zwischen dem 7. und 21. Januar 2010 in einer für die Bevölkerung ab 16 Jahre repräsentativen Mehr-Themen-Umfrage eine Reihe von Fragen zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft sowie zur Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit im Trend aktualisiert. Dafür wurden von geschulten Allensbacher Interviewerinnen und Interviewern insgesamt 1.849 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger ab 16 Jahre anhand eines vorgegebenen Fragebogens mündlich-persönlich befragt (Face-to-face).

Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt und kommentiert. Nähere Angaben zur Repräsentanz der Befragung sowie der genaue Wortlaut der Testfragen sind im Anhang dokumentiert.

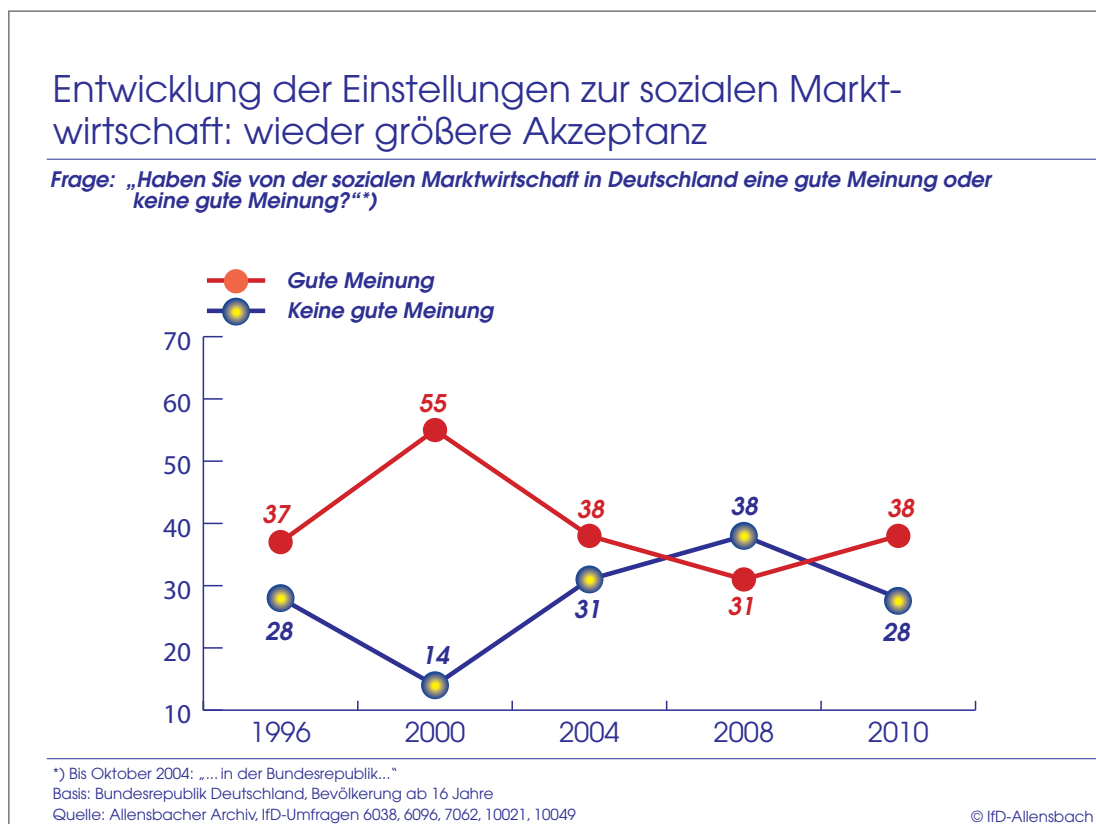
Allensbach am Bodensee,
am 25. Januar 2010

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Wieder größere Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft

Das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in das marktwirtschaftliche System, das in den wachstumsschwachen Jahren zu Beginn des letzten Jahrzehnts deutlich zurückgegangen war, ist wieder gestiegen. Im Frühjahr 2008 hatten nur noch 31 Prozent der Bevölkerung eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft, jetzt 38 Prozent (Schaubild 1).

Schaubild 1



Schon vor der Krise beschlossene Lohnerhöhungen, gesunkene Energiekosten sowie eine im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2007 höhere Zahl von Erwerbstätigen stabilisierten den privaten Konsum. Das Garantieverprechen von Kanzlerin und Finanzminister am Beginn der Finanzkrise verhinderten Panikreaktionen der Bevölkerung. Konjunkturprogramme, insbesondere zusätzliche Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen sowie die Ausweitung der Kurzarbeitsregelungen vereint mit besonnenem Verhalten vieler Unternehmer, die sich angesichts des in Zukunft schrumpfenden Potentials an Nachwuchskräften nicht ihres qualifizierten Stammpersonals

berauben wollten, konnten die befürchtete Massenarbeitslosigkeit und einen damit einhergehenden Einbruch der Massenkaufkraft in Deutschland bisher verhindern.

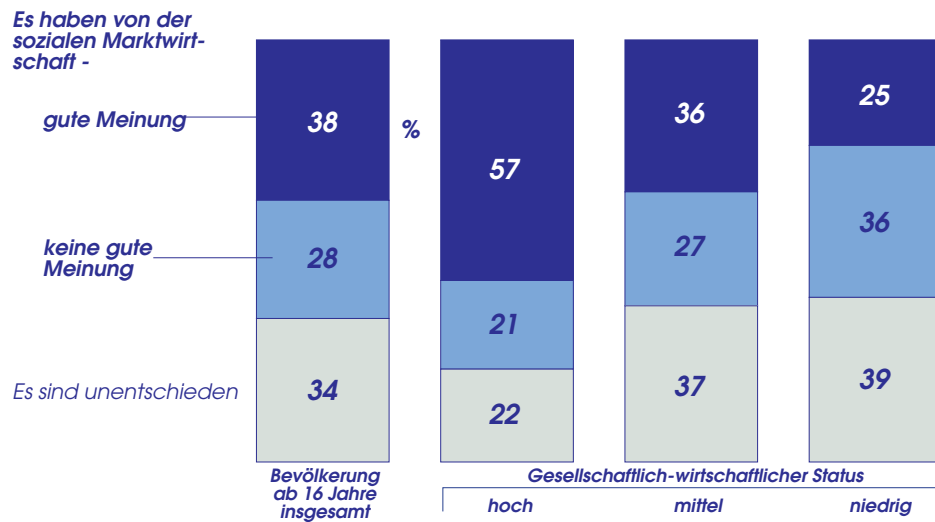
Die Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung blieben insgesamt begrenzt bei allerdings regional und branchenspezifisch unterschiedlicher Betroffenheit. Im Durchschnitt der letzten 12 Monate stuften sich 6 Prozent der Deutschen als von der Wirtschaftskrise persönlich ‚stark betroffen‘ ein, weitere 25 Prozent als ‚etwas betroffen‘. Die meisten Bundesbürger blieben von größeren Einschränkungen verschont, so dass am Jahresbeginn 2010 47 Prozent der deutschen Bevölkerung wieder mit Hoffnungen in die Zukunft blicken. Auf dem Höhepunkt der pessimistischen Konjunkturerwartungen, im Spätherbst 2008, sagten dies nur 30 Prozent. 33 Prozent blickten damals den kommenden 12 Monaten mit Befürchtungen entgegen, jetzt sagen dies noch 16 Prozent. In der noch keineswegs ganz ausgestandenen Finanz- und Wirtschaftskrise reagierten die Bundesbürger bisher überwiegend mit Gelassenheit.

Die vereinten Kraftanstrengungen von Politik und Wirtschaft zur Krisenbewältigung haben offensichtlich breiteren Teilen der Bevölkerung den Eindruck vermittelt, dass sich die soziale Marktwirtschaft auch in Krisenzeiten besser bewährt als von vielen befürchtet. Vor allem Bundesbürger mit höherem gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status¹ sind mehrheitlich davon überzeugt, während bei Angehörigen der unteren Statusgruppen eine eher kritische Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft überwiegt (Schaubild 2).

¹ Einstufung des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status auf Grund der Angaben zur Schul- und Berufsausbildung, zum Berufskreis und Nettoeinkommen des Hauptverdieners im Haushalt sowie der Einschätzung der sozialen Schichtzugehörigkeit nach Eindruck des Interviewers. Jeweils rund 20 Prozent der Bevölkerung zählen zur oberen bzw. unteren Statusgruppe, knapp 60 Prozent zur mittleren.

Schaubild 2

Die Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft ist stark abhängig vom gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status

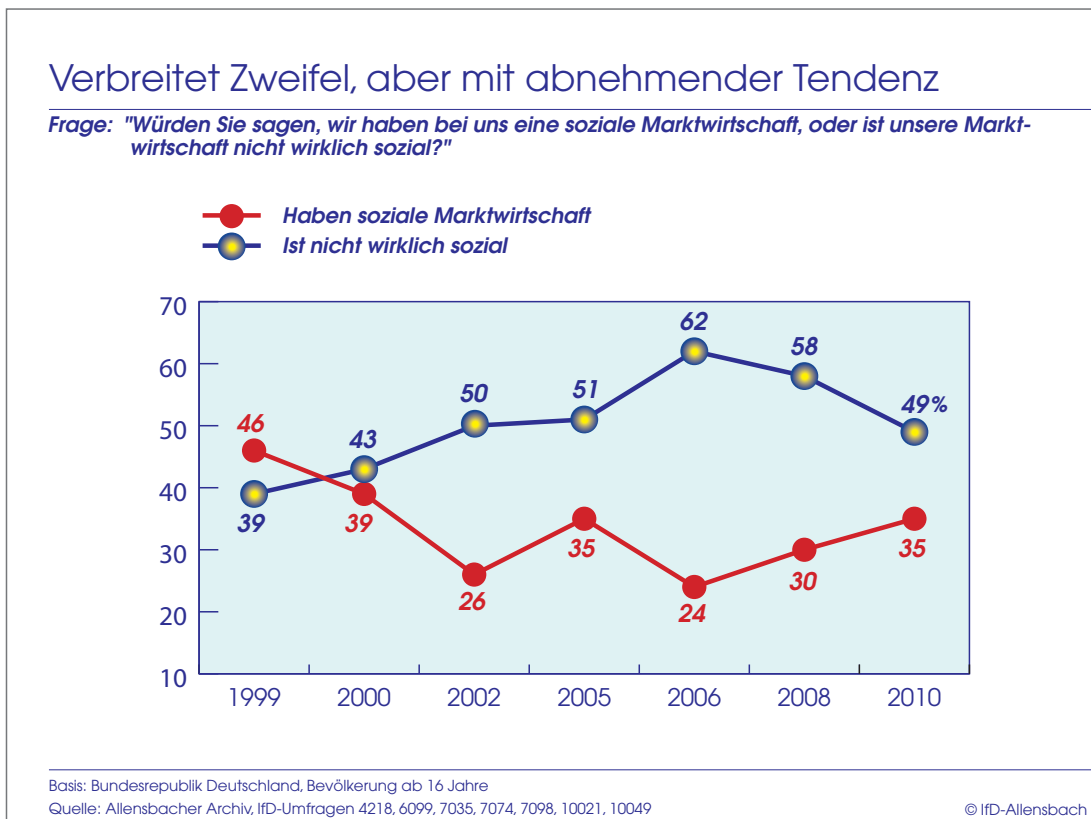


Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10049 (Januar 2010)

© IfD-Allensbach

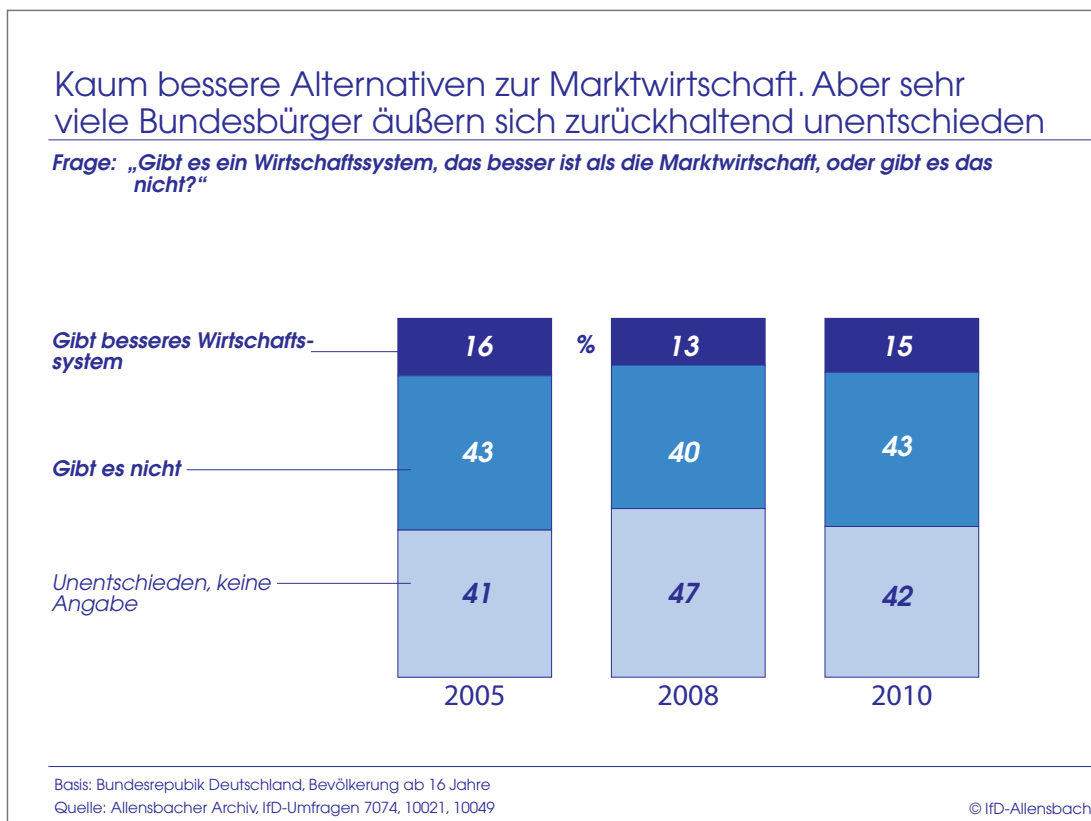
Die Befunde einer weiteren Trendaktualisierung unterstreichen, dass sich die Einstellungen der Bevölkerung zur sozialen Marktwirtschaft wieder verbessert haben. 2006 kritisierten 62 Prozent der Bevölkerung unser Wirtschaftssystem als nicht wirklich sozial, jetzt urteilen so noch 49 Prozent. Parallel dazu stieg in der Bevölkerung der Anteil derer, die unser marktwirtschaftliches System als sozial empfinden, von 24 Prozent im Jahr 2006 auf jetzt 35 Prozent (Schaubild 3).

Schaubild 3



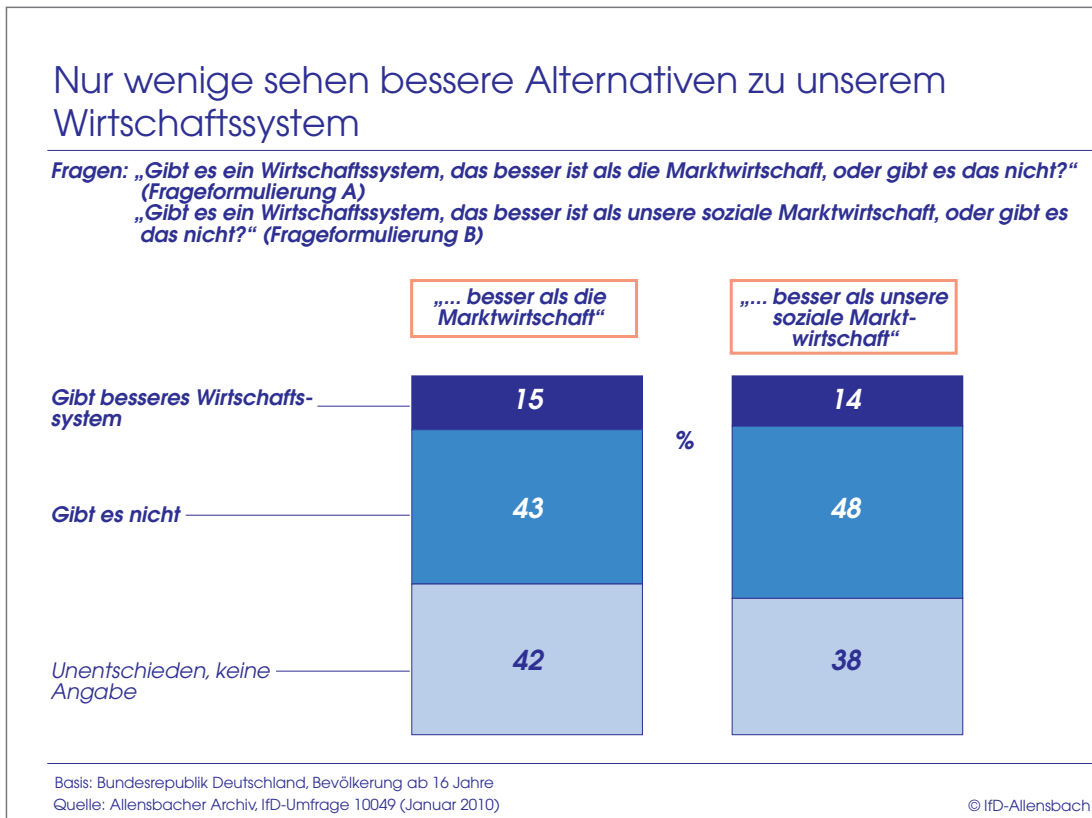
Die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wird gestützt durch die verbreitete Überzeugung, dass es keine bessere Alternative zu unserem Wirtschaftssystem gibt. 43 Prozent der Bevölkerung sind dieser Meinung, nur 15 Prozent glauben, es gibt ein besseres Wirtschaftssystem. Viele allerdings äußern sich zurückhaltend ‚unentschieden‘. An dieser Einschätzung hat sich in der Wirtschaftskrise nichts geändert (Schaubild 4).

Schaubild 4



Weniger abstrakt nach Alternativen zu „unserer sozialen Marktwirtschaft“ gefragt, verstärkt sich die Überzeugung noch etwas, dass es kein besseres Wirtschaftssystem gibt (48 Prozent, Schaubild 5).

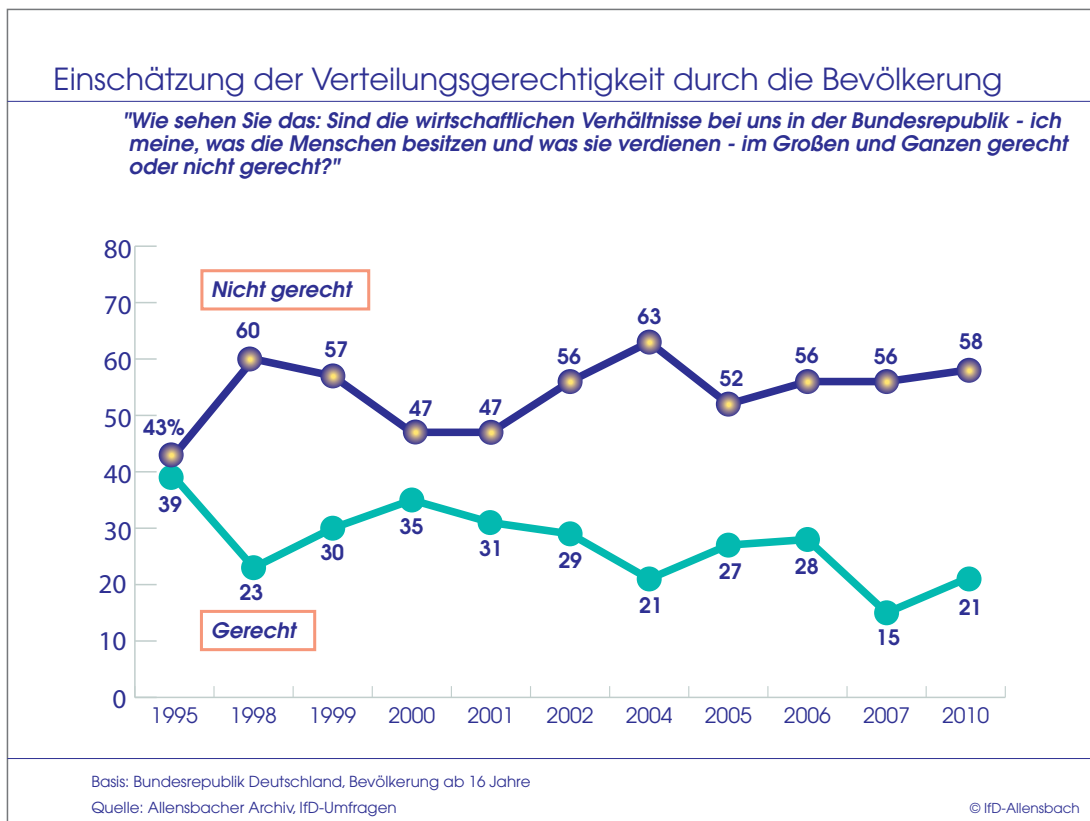
Schaubild 5



Zweifel an der Verteilungsgerechtigkeit überwiegen weiterhin

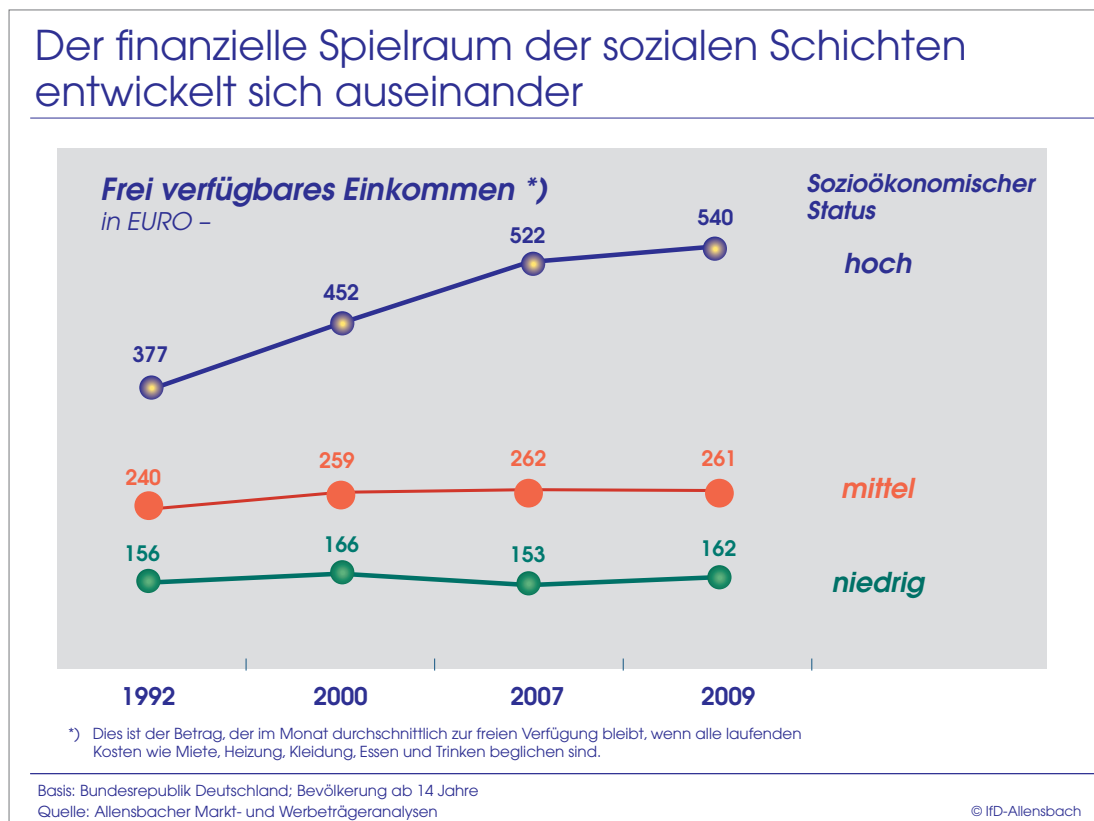
Die verbreitete Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland ist geblieben. 58 Prozent der Bevölkerung halten die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland – ‚was die Menschen besitzen und was sie verdienen‘ – für ‚nicht gerecht‘. Diejenigen, die die Einkommens- und Vermögensverteilung im Großen und Ganzen für ‚gerecht‘ halten, bleiben eine Minderheit, auch wenn ihr Anteil seit 2007 wieder leicht auf jetzt 21 Prozent gestiegen ist (Schaubild 6).

Schaubild 6



Zunehmende soziale Differenzierung charakterisiert die Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland.² Was populär als wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beschrieben wird, lässt sich aus der unterschiedlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage von Ober-, Mittel- und Unterschicht in Deutschland belegen. Während sich die wirtschaftlich leistungsfähigste Schicht mit hohem sozioökonomischem Status durch Einkünfte aus Kapitalvermögen, teils auch aus Erbschaften allmählich von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abkoppeln konnte, stagniert das frei verfügbare Einkommen, das nach Abzug der notwendigen Lebenshaltungskosten übrig bleibt, in den mittleren und unteren sozialen Schichten (Schaubild 7).

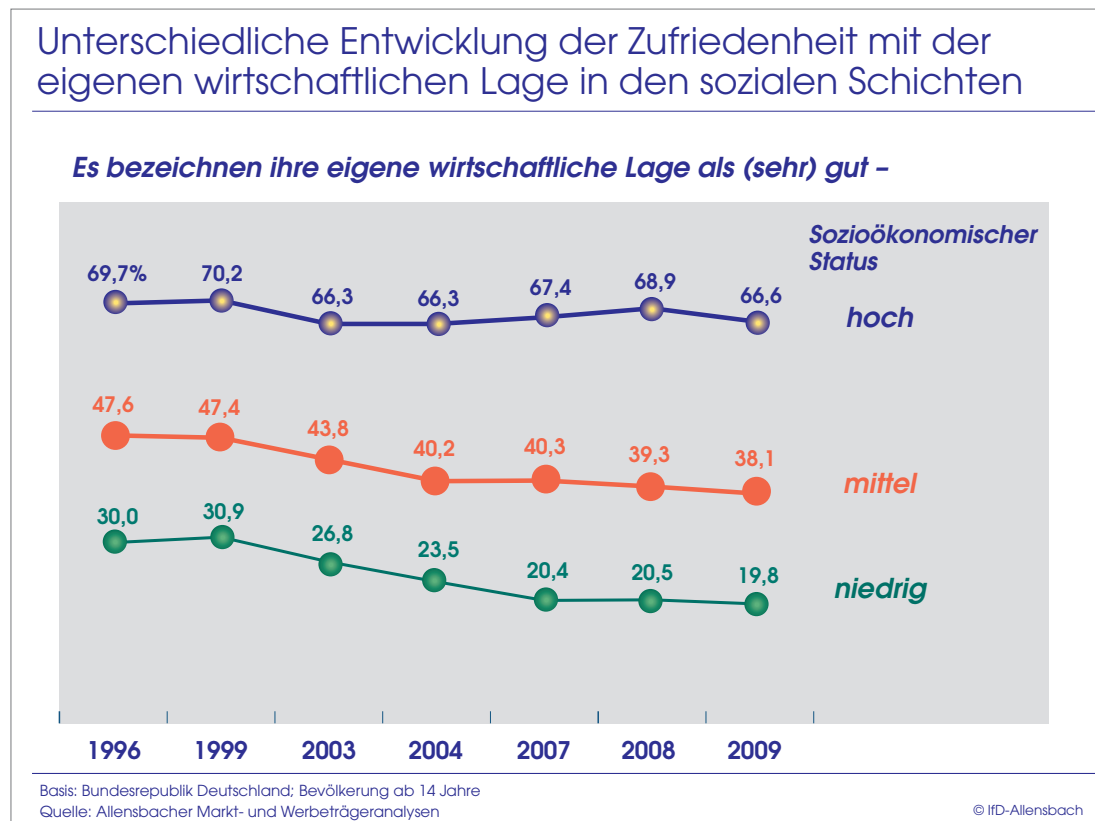
Schaubild 7



² Siehe dazu auch den Beitrag von Renate Köcher: ‚Der Statusfatalismus der Unterschicht‘ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Dezember 2009, Seite 5.

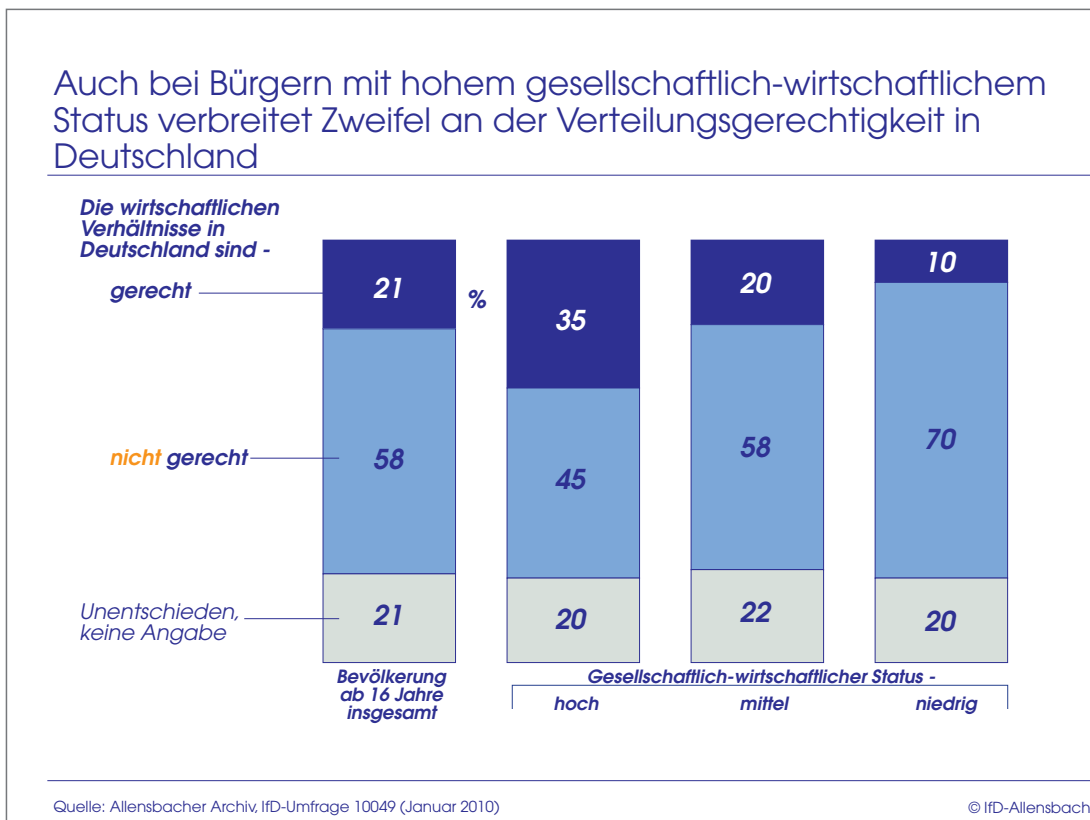
Die Auseinanderentwicklung der finanziellen Spielräume führt zu wachsender Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage in den unteren, aber auch mittleren sozialen Schichten. Während die Angehörigen der Oberschicht ihre wirtschaftliche Situation seit Jahren weitgehend unverändert zu zwei Dritteln als ‚sehr gut‘ oder ‚gut‘ bezeichnen, sagt dies heute nur noch etwa jeder Fünfte in den unteren und nur noch gut jeder Dritte in den mittleren sozialen Schichten (Schaubild 8).

Schaubild 8



Zweifel an der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland überwiegen in allen sozialen Schichten. Obwohl sie mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage mehrheitlich zufrieden sind, halten auch 45 Prozent der Angehörigen der oberen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Statusgruppen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für ‚nicht gerecht‘, nur 35 Prozent für ‚gerecht‘ (Schaubild 9).

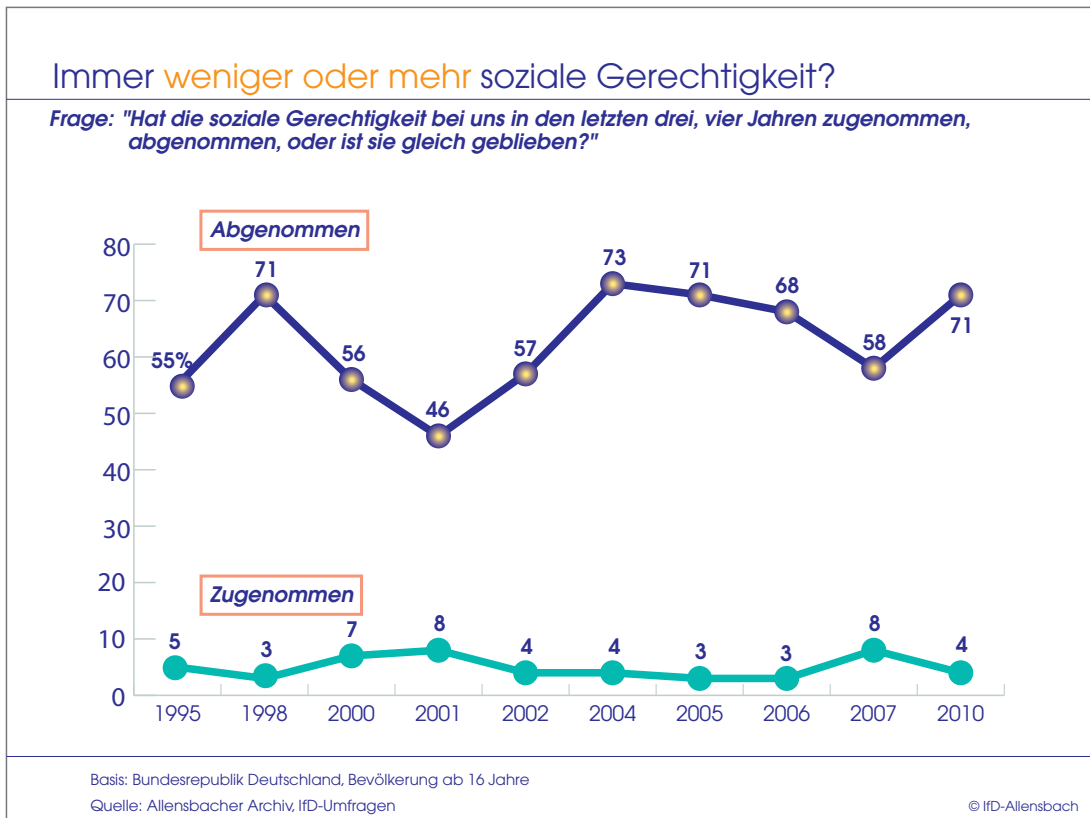
Schaubild 9



Abnehmende soziale Gerechtigkeit

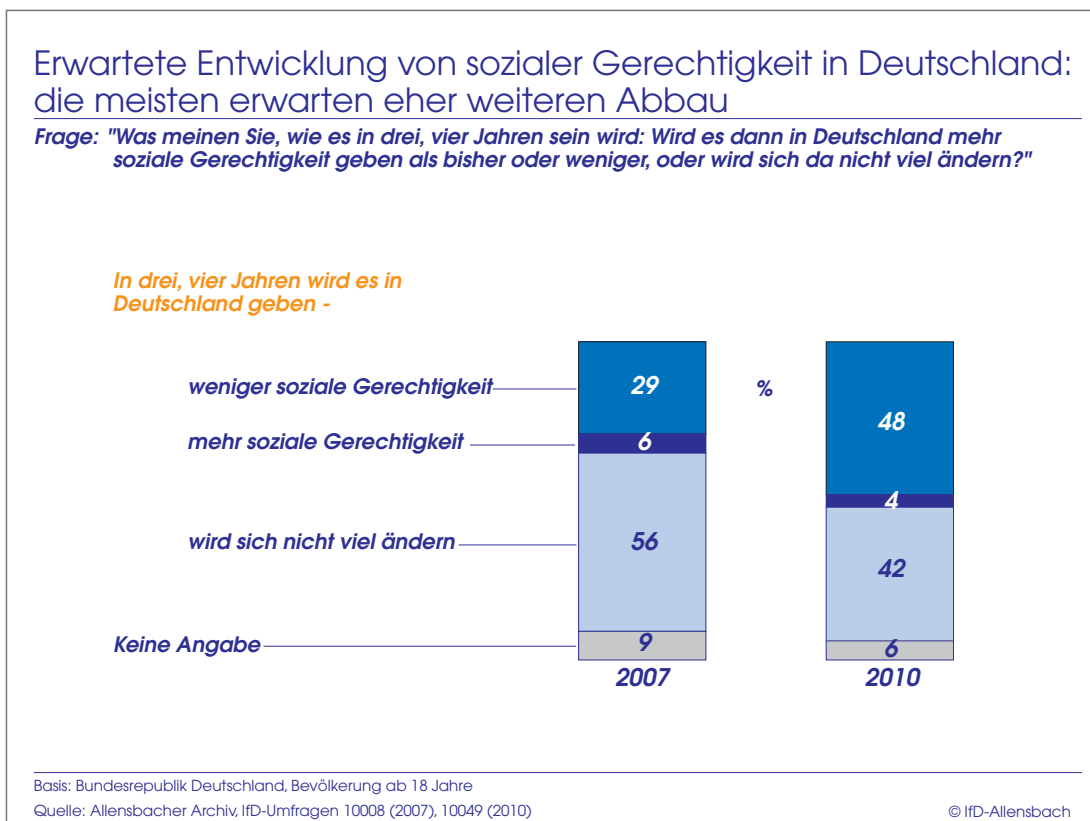
Die große Mehrheit der Bevölkerung hat den Eindruck, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten drei, vier Jahren abgenommen hat (71 Prozent). Fast niemand glaubt, dass sie zugenommen hat (Schaubild 10).

Schaubild 10



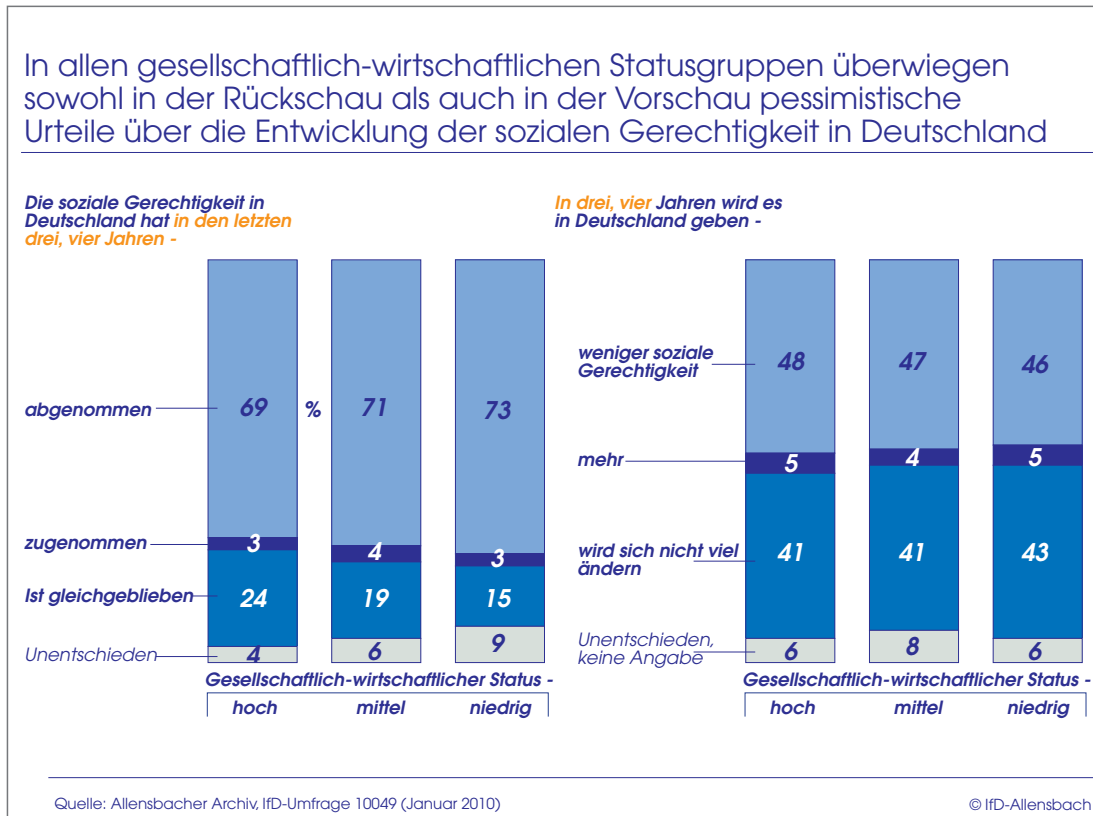
Auch für die Zukunft befürchten immer mehr Bundesbürger, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland weiter abnehmen wird. Während vor drei Jahren in der Bevölkerung noch die Erwartung überwog, dass sich daran in Zukunft nicht viel ändern werde, wird jetzt von jedem Zweiten für die nächsten Jahre eine weitere Abnahme der sozialen Gerechtigkeit erwartet. Der Illusion, dass dem Staat angesichts seiner enormen Schuldenlasten aus der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise Spielräume für größere Umverteilungswohlthaten bleiben könnten, erliegt kaum jemand. Nur noch 4 Prozent erwarten steigende soziale Gerechtigkeit (Schaubild 11).

Schaubild 11



Die Angehörigen der oberen, mittleren und unteren sozio-ökonomischen Statusgruppen schätzen die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sowohl in der Rückschau auf die letzten Jahre als auch in der Vorschau auf die kommenden Jahre ähnlich pessimistisch ein (Schaubild 12).

Schaubild 12



Das schwedische Wirtschafts- und Sozialmodell fasziniert noch immer viele in Deutschland, aber mit abnehmender Tendenz

Danach gefragt, welches von insgesamt neun vorgegebenen Ländern den eigenen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt, dominiert noch immer Schweden mit 27 Prozent Nennungen. Offensichtlich wirken hier tradierte Vorstellungen nach, aber mit deutlich abnehmender Tendenz. Deutschland rückt jetzt mit 19 Prozent Nennungen an die zweite Stelle vor. Trotz anhaltender Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit verbessert sich auch nach dieser Ermittlung die Bewertung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems im internationalen Vergleich. Das Schweizer Modell bleibt für etwa jeden Sechsten Vorbild (16 Prozent) noch vor Dänemark (14 Prozent), das den Deutschen jetzt wie Schweden etwas weniger attraktiv erscheint (Schaubild 13).

Schaubild 13

Welches entwickelte Industrieland den Vorstellungen der Bevölkerung von sozialer Gerechtigkeit **am nächsten** kommt: das schwedische Modell fasziniert noch immer viele, aber mit abnehmender Tendenz

	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt	
	2007 %	2010 %
Schweden	38	27
Deutschland	5	19
Schweiz	18	16
Dänemark	19	14
Niederlande	8	6
Frankreich	2	2
USA	1	1
Großbritannien	x	1
Italien	1	x
Kein Land davon	4	5
Weiß nicht, keine konkrete Angabe	12	14

x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5218 (2006) und 10008 (2007), 10049 (2010)

© IfD-Allensbach

Die USA bleiben für viele Deutsche auch unter der Obama-Administration offensichtlich ein abschreckendes Beispiel für geringe soziale Gerechtigkeit. Vor allem Medienberichte über schon wieder sehr hohe Bonuszahlungen für Banker, während die amerikanischen Steuerzahler noch sehr lange die Lasten der Sanierung des Finanzsystems zu tragen haben werden, und der für viele Deutsche nur schwer nachzuvollziehende quälende Prozess zur Einführung eines allgemeinen Krankenversicherungsschutzes in den USA dürften die Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit dort nähren (Schaubild 14).

Schaubild 14

Entwickelte Industrieländer mit **geringster** sozialer Gerechtigkeit: die Bevölkerung distanziert sich vor allem vom Sozialsystem der USA

Frage: "In welchem dieser Länder gibt es Ihrer Meinung nach am wenigsten soziale Gerechtigkeit?" (Vorlage einer Liste, Mehrfachangaben möglich)

	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt	
	2007 %	2010 %
USA	69	66
Italien	6	8
England, Großbritannien	5	5
Deutschland	4	3
Frankreich	2	2
Schweiz	1	1
Schweden	1	x
Niederlande	x	x
Dänemark	x	x
In keinem davon	3	2
Keine Angabe	11	14

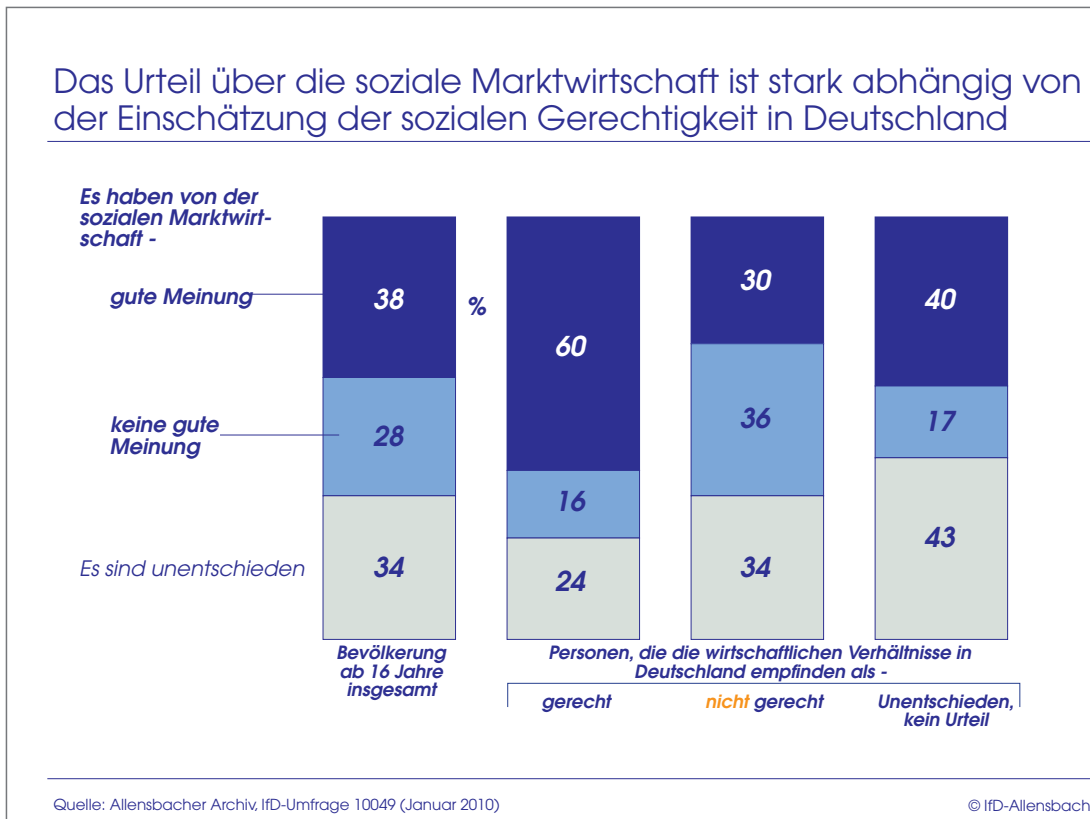
x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10008 (2007), 10049 (2010) © IfD-Allensbach

Das Urteil über die soziale Marktwirtschaft ist auch stark abhängig von der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit, aber auch davon, ob man bessere Alternativen wahrnimmt

Wer die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als ‚gerecht‘ empfindet, hat ganz überwiegend auch eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft (60 Prozent), wer diese als ‚nicht gerecht‘ bezeichnet, ist in deutlich geringerem Anteil von der sozialen Marktwirtschaft überzeugt (30 Prozent, Schaubild 15).

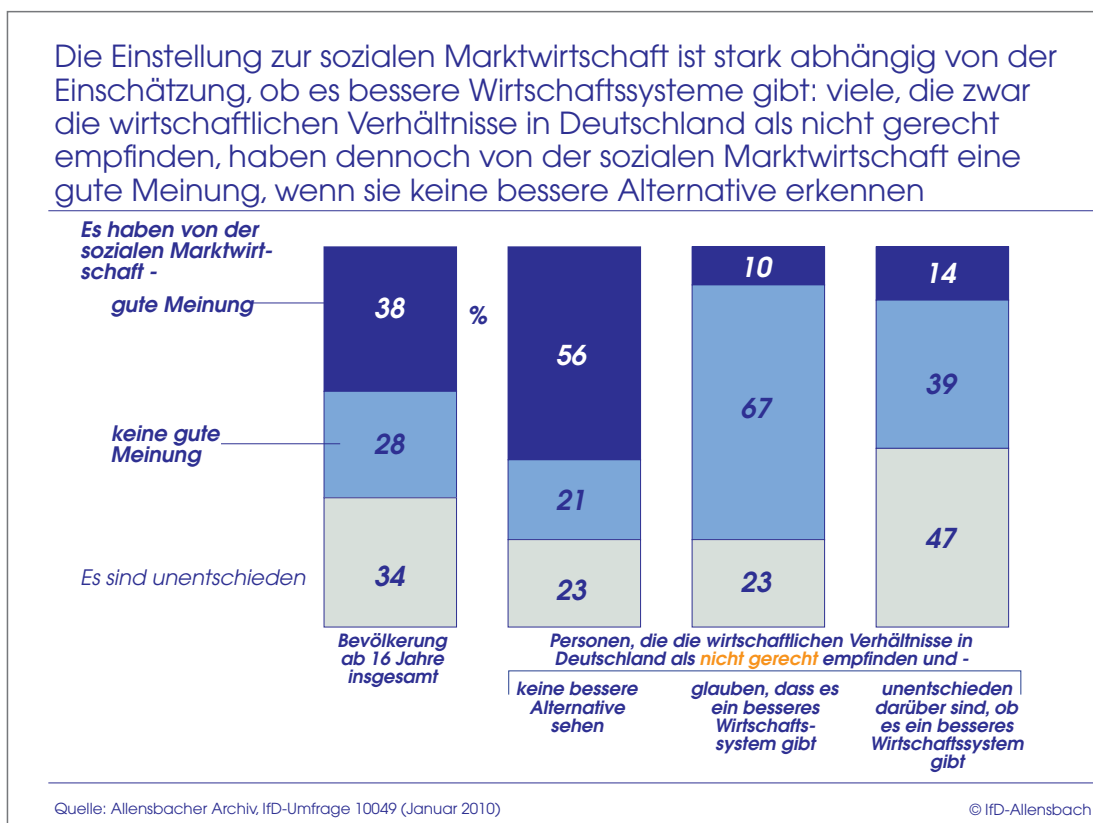
Schaubild 15



Trotz der von sehr vielen Bundesbürgern wahrgenommenen Gerechtigkeitsdefizite im Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik fällt das Gesamturteil vieler über die soziale Marktwirtschaft mangels besserer Alternativen dennoch positiv aus. Die wenigen allerdings, die überlegene andere Wirtschafts- und Sozialsysteme zu kennen glauben³, haben mit deutlicher Mehrheit keine gute Meinung über die soziale Marktwirtschaft (67 Prozent, Schaubild 16).

Neben der Einschätzung vieler, in der Krise bisher besser als befürchtet davongekommen zu sein, stabilisiert auch das Fehlen überzeugenderer Alternativen die Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft.

Schaubild 16



³ Sie haben dabei überwiegend Schweden (38 Prozent), die Schweiz (18 Prozent), Dänemark (14 Prozent) oder die Niederlande (10 Prozent) vor Augen (siehe Schaubild A 1 im Anhang).

ANHANGSCHAUBILD

Schaubild A 1

Wer an überlegene andere Wirtschaftssysteme denkt, hat häufiger Schweden vor Augen. Etwa jeder Siebte kann allerdings kein konkretes Land nennen.

Personen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als nicht gerecht empfinden und -

	<i>keine bessere Alternative sehen</i>	<i>glauben, dass es ein besseres Wirtschaftssystem gibt</i>	<i>unentschieden darüber sind, ob es ein besseres Wirtschaftssystem gibt</i>
	%	%	%
Schweden	28	38	27
Deutschland	17	5	12
Schweiz	16	18	20
Dänemark	18	14	11
Niederlande	6	10	4
Frankreich	1	3	2
USA	1	1	1
Großbritannien	x	1	x
Italien	x	x	x
Kein Land davon	5	3	7
Weiß nicht, keine konkrete Angabe	11	14	20

x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage 10049 (2010)

© ifD-Allensbach

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppen
Fragebogenauszug mit Anlage

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In jeder Halbgruppe und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Drittel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	593	300	893	Personen
B	644	312	956	Personen
Insgesamt	1237	612	1849	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viel Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (Face-to-Face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 441 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 7. bis 21. Januar 2010 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 10.049

STATISTIK

der in der Umfrage 10.049 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2010			amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	9	9	9	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	16	16	16	16
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	26	26	26	26
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	19	19	19	19
30 - 44 Jahre	24	24	24	24
45 - 59 Jahre	26	26	26	26
60 Jahre und älter	31	31	31	31
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2008.

STATISTIK

der in der Umfrage 10.049 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2010			amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	60	59	60	60
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100	100	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	16	16	17	17
Angestellte	34	32	34	33
Beamte	3	4	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	6	7
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	54	53	55	54
- Männer	27	28	27	27
- Frauen	27	27	27	27
Ledig	30	30	30	30
Verwitwet, geschieden	16	15	16	16
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	22	22	23	22
- 2 Personen	39	38	39	39
- 3 Personen	18	22	15	18
- 4 Personen	15	13	16	15
- 5 und mehr Personen	6	5	7	6
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2008.

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 10049
Januar 2010

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

- | | | | |
|----|--------------------------------------------------------|--------------------------------|---|
| 1. | "Zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland: | HABE GUTE MEINUNG | 1 |
| T | Haben Sie von der Sozialen Marktwirtschaft in Deutsch- | <u>KEINE</u> GUTE MEINUNG..... | 2 |
| | land eine gute Meinung oder keine gute Meinung?" | UNENTSCHEIDEN | 3 |

In der repräsentativen Halbgruppe A:

- | | | | |
|-----------|----------------------------------------------------|-----------------------------------|---|
| <u>2.</u> | "Gibt es Ihrer Ansicht nach ein Wirtschaftssystem, | GIBT BESSERES WIRTSCHAFTSSYSTEM.. | 4 |
| T | das besser ist als die Marktwirtschaft, oder gibt | GIBT ES NICHT | 5 |
| | es das nicht?" | UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE | 6 |

In der repräsentativen Halbgruppe B:

- | | | | |
|-----------|----------------------------------------------------|-----------------------------------|---|
| <u>2.</u> | "Gibt es Ihrer Ansicht nach ein Wirtschaftssystem, | GIBT BESSERES WIRTSCHAFTSSYSTEM.. | 4 |
| t | das besser ist als unsere soziale Marktwirtschaft, | GIBT ES NICHT | 5 |
| | oder gibt es das nicht?" | UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE | 6 |

An späterer Stelle im Interview:

3. a) INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 1 und überlässt sie dem/der Befragten bis einschließlich Frage 3 b) !

"Zur sozialen Gerechtigkeit:

In welchem Land von dieser Liste hier gibt es Ihrer Meinung nach am meisten soziale Gerechtigkeit? Welches Land würden Sie da nennen?"
(Nur eine Angabe möglich! - Genanntes einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 /

KEINES DAVON 0
KEINE ANGABE Y

- b) "Und in welchem dieser Länder gibt es Ihrer Meinung nach am wenigsten soziale Gerechtigkeit?"
(Wieder nach **gelber** Liste 1 ! - Nur eine Angabe möglich! - Genanntes einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 /

IN KEINEM DAVON 0
KEINE ANGABE Y

- | | | | |
|-------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|---|
| 4. a) | "Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?" | GERECHT | 1 |
| T | | NICHT GERECHT | 2 |
| | | UNENTSCHEIDEN | 3 |
| | | KEINE ANGABE | 4 |

- | | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|---|
| b) | "Und was meinen Sie: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?" | ZUGENOMMEN..... | 5 |
| | | ABGENOMMEN..... | 6 |
| | | GLEICH GEBLIEBEN | 7 |
| | | UNENTSCHEIDEN | 8 |

5.	"Was meinen Sie, wie es in drei, vier Jahren sein wird:	MEHR	1
T	Wird es dann in Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit geben als bisher oder weniger, oder wird sich da nicht viel ändern?"	WENIGER	2
		NICHT VIEL ÄNDERN	3
		UNENTSCIEDEN, KEINE ANGABE	4

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

6.	"Noch einmal zum Thema Wirtschaft:	HABEN SOZIALE MARKTWIRT-	
T	Würden Sie sagen, wir haben bei uns eine <u>Soziale</u> Marktwirtschaft, oder ist unsere Marktwirtschaft nicht wirklich sozial?"	SCHAFT.....	1
		IST NICHT WIRKLICH SOZIAL	2
		UNENTSCIEDEN	3

L I S T E 1

- (1) Dänemark
- (2) Deutschland
- (3) Frankreich
- (4) Großbritannien
- (5) Italien
- (6) Niederlande
- (7) Schweden
- (8) Schweiz
- (9) USA